

| <b>Beantwortung von Anfragen</b>  |                                 | <b>2246/18-AW</b><br>öffentlich |
|---|---------------------------------|---------------------------------|
| <b>Anfragenbeantwortung i. S. Entwicklung der Bevölkerung in Salzgitter; Anfrage der AfD-Ratsfraktion vom 22.08.2023 in der Sitzung des Ausschusses für Soziales, Integration und Gesundheit am 01.11.2023, des Ausschusses für Bildung und Kultur am 02.11.2023 und des Rates der Stadt Salzgitter am 29.11.2023</b> |                                 |                                 |
| <b>Beratungsfolge</b>   | <b>Geplante Sitzungstermine</b> | <b>Zuständigkeit</b>            |
| (Ö) Ausschuss für Soziales, Integration und Gesundheit  | 01.11.2023                      | zur Kenntnis                    |
| (Ö) Rat der Stadt Salzgitter  | 29.11.2023                      | zur Kenntnis                    |
| (Ö) Ausschuss für Bildung und Kultur  | 07.12.2023                      | zur Kenntnis                    |

**Sachverhalt:**

Die AfD-Ratsfraktion bittet um Auskunft zur Entwicklung der ausländischen Bevölkerung im Vergleich zur Gesamtbevölkerung der Stadt Salzgitter.

Die Anfrage bezieht sich auf die Veränderungen in der Bevölkerungsstruktur in verschiedenen Alterskohorten über den Zeitraum von 2013 bis zum 30.Juni.2023.

[...]

Uns interessiert die Bevölkerungsentwicklung in den folgenden Alterskohorten:

- 01 bis 05 Jahre
- 06 bis 10 Jahre
- 11 bis 20 Jahre
- 21 bis 30 Jahre
- 31 bis 40 Jahre
- 41 bis 50 Jahre
- 51 bis 60 Jahre
- 61 bis 70 Jahre
- 71 bis 80 Jahre
- 81 bis 90 Jahre

Wir möchten gerne erfahren, wie sich die Bevölkerungszahlen in diesen Altersgruppen im genannten Zeitraum verändert haben. [...]

Wir bitten daher um die Übermittlung der angefragten Informationen sowie um eine detaillierte Aufschlüsselung der Bevölkerungsentwicklung in den genannten Alterskohorten von 2013 bis zum 30.Juni.2023.

Bitte berücksichtigen Sie dabei die aktuellen Daten des Statistischen Bundesamtes.

[...]

### **Antwort der Verwaltung:**

Der Inhalt der vorstehenden Anfrage erfordert eine kommunalverfassungsrechtliche Bewertung des Auskunftsrechts:

Nach § 56 Satz 2 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) kann jede oder jeder Abgeordnete zur eigenen Unterrichtung von der Hauptverwaltungsbeamtin oder dem Hauptverwaltungsbeamten Auskünfte in allen Angelegenheiten der Kommune verlangen, sofern diese nicht der Geheimhaltung unterliegen.

Das Auskunftsrecht umfasst dabei alle Angelegenheiten der Kommune im eigenen und übertragenen Wirkungskreis.

Doch auch dieses Auskunftsrecht, das zu Recht einen hohen demokratischen Stellenwert genießt, findet seine Grenzen.

Das Fragerecht beziehungsweise Auskunftsrecht und die Antwortpflicht der Hauptverwaltungsbeamtin oder des Hauptverwaltungsbeamten sind kommunalverfassungsrechtlich nicht deckungsgleich.

Das Auskunftsrecht darf keinen Selbstzweck erfüllen, sondern die begehrte Auskunft muss einen sachlichen Zusammenhang mit der Mandatsausübung haben. Auch Anfragen ohne individuellen Hintergrund, die „ins Blaue hinein“ auf allgemeine Ausforschung gerichtet sind, sind unzulässig.

Gleiches gilt für Fragen nach bekannten Informationen oder solchen Informationen, die den Abgeordneten selbst zugänglich sind und für missbräuchliche Anfragen, die nur dazu dienen, die Arbeit der Verwaltung zu erschweren.

Beispielhaft seien hier genannt unklare, nicht präzise Fragestellungen, eine mangelnde Aktualität der angesprochenen Problematik und ähnliches.

Es besteht insbesondere die Verpflichtung der Organe einer Kommune zur gegenseitigen Rücksichtnahme.

Dies verlangt von den Fragestellenden, auf den Erhalt der Arbeits- und Funktionsfähigkeit der kommunalen Verwaltung Rücksicht zu nehmen (vgl. Kommunalverfassungsrecht Niedersachsen, Wefelmeier, § 56, RN 18 ff).

Es gilt zu bewerten, wie viel Ressourcen in der Verwaltung gebunden und welche Kosten verursacht werden und vor allem findet das Auskunftsrecht dort seine Grenzen, in denen die angefragten Informationen ohnehin zugänglich sind und somit mit zumutbarem Aufwand vom Fragesteller oder der fragstellenden Fraktion oder deren Geschäftsstelle selbst beschafft werden können.

Im Rahmen meiner Fürsorgepflicht habe ich auch meine Mitarbeitenden im Blick. In Zeiten stetig zunehmender Aufgaben für die der kommunale Ebene, Fachkräftemangel und Stellenvakanzen gilt es umso mehr auch die Mitarbeitenden meiner Verwaltung zu schützen, denn die Beantwortung von Anfragen bindet in erster Linie Personal, das im operativen Geschäft fehlt und die ohnehin angespannte Lage noch verschärft.

Das kommunalverfassungsrechtlich verankerte Auskunftsrecht bleibt selbstverständlich gewahrt, doch Umfang und Inhalt der Beantwortung dieser und auch künftiger Anfragen vergleichbarer Qualität werden sich an den vorstehenden Ausführungen orientieren.

Dies vorausgeschickt beantwortet die Verwaltung die Anfrage der AfD-Ratsfraktion unter Berücksichtigung der vorhergehenden kommunalverfassungsrechtlichen Ausführungen wie folgt:

Die in der Anfrage erbetene Auskunft zur Entwicklung der ausländischen Bevölkerung im Vergleich zur Gesamtbevölkerung wird durch die beigefügte tabellarische Aufstellung dokumentiert. Die Daten stammen aus dem Ausländerzentralregister (AZR) des Bundesverwaltungsamtes und sind über die Online-Datenbank des Landesamtes für Statistik (LSN) frei zugänglich für jedermann einzusehen.

Eine Aufstellung mit den in der Anfrage gewünschten Alterskohorten ist im Online-Angebot des LSN nicht enthalten. Annäherungsweise hat die Verwaltung auf die standardmäßig zur Verfügung gestellten Altersgruppen zurückgegriffen. Daten für das Jahr 2022 liegen bisher nicht vor. Nach Auskunft des LSN befinden sich diese derzeit in der Prüfung und werden voraussichtlich im Oktober 2023 veröffentlicht.

Die tabellarische Aufstellung macht deutlich, dass der von Oberbürgermeister Frank Klingebiel von der Niedersächsischen Landesregierung im Oktober 2017 erwirkte Zuweisungsstopp für Flüchtlinge und Zuzugsstopp für anerkannte Flüchtlinge („lageangepasste Wohnsitzauflage“) zwingend notwendig waren und die damit verbundene „Atempause“ für Salzgitter die benötigte Wirkung gebracht hat.

#### **Anlage/n**

- 1 Auskunft zur Entwicklung der ausländischen Bevölkerung Tabelle

gez. Frank Klingebiel

gez. Jan Erik Bohling